

## Vorbemerkungen

»Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören. Denn sie bedrohen andere Staaten mit Krieg durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen; reizen diese an, sich einander in der Menge der Gerüsteten, die keine Grenze kennt, zu übertreffen ...«

*Immanuel Kant:  
Zum Ewigen Frieden, 3. Präliminarartikel*

Binnen eines Vierteljahrhunderts hatte das Deutsche Reich zwei Weltkriege vom Zaun gebrochen. Der zweite endete mit der nahezu vollständigen Zerstörung Europas und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Die Siegermächte wie die nicht zuletzt aufgrund des Horrors des Zweiten Weltkriegs gegründete Organisation der Vereinten Nationen legten den Grundstein für eine Ordnung, die ein Wiederaufleben des deutschen (und japanischen) Militarismus für immer verhindern und den Krieg als Mittel der Politik ein für alle Mal bannen sollte. In Deutschland selbst herrschte ein weitgehender Konsens: »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!« Der preußisch-deutsche Militarismus, der bis dahin maßgeblich die politische Kultur in Deutschland geprägt hatte, schien als deren sinnstiftendes Element endgültig überwunden. So schrieb der Militärgeschichtler Wolfram Wette (2005: 30) mit Verweis auf den Friedensforscher Ekkehart Krippendorff (1934–2018): »Immerhin habe die Militär- und Militarismuskritik in den letzten hundert Jahren die früher selbstverständliche Legitimität von Militär und Krieg zumindest teilweise zu Fall gebracht.«

Die Frage nach der Legitimität von Krieg als Mittel der Politik durchzieht die philosophische Diskussion seit der griechischen Antike, fand bis heute immer neue Höhepunkte wie etwa in Thomas von Aquins Überlegungen zum gerechten Krieg oder in Clausewitz' Formulierung von Krieg als bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Diese Tradition in der Lehre von den Internationalen Beziehungen gilt allgemein als »realistische Schule«, sie prägt als herrschender Ansatz dieser politikwissenschaftlichen Teildisziplin noch heute die fachwissenschaftliche Diskussion. Mehr noch scheint sie das Handeln in der Außenpolitik zu bestimmen, wie sie Hans J. Morgenthau (1948) in seinem als klassisch geltenden Werk »*Politics among Nations*« entwickelt hat. Ihm zufolge streben Staaten von Natur aus nach Macht. Das internationale System ist daher anarchisch, dem Völkerrecht erkennt er nur marginale, korrektive Kompetenz zu. So ist internationale Politik ein immerwährender Kampf um Macht, Militär wird so zum wichtigsten Machtinstrument, Frieden erscheint als immer prekäres Resultat von Überlegenheit und Bedrohung.

Demgegenüber steht die Minderheit der Vertreter der »idealistischen Schule«, die in der Entwicklung von Institutionen und Verträgen, im Völkerrecht und seiner Weiterentwicklung die Möglichkeit sieht, der Anarchie des internationalen Systems ein Ende zu setzen. Diese alternative Vision lässt sich zurückführen auf Immanuel Kant. Sie lässt sich in der einfachen Formel zusammenfassen, dass Frieden dann als gesichert gelten kann, wenn sich »der Andere« nicht mehr bedroht, sondern sicher fühlen kann. Wie wenig diese Denkweise unseren Alltag prägt, zeigt sich schon in der alltäglichen Wortwahl: »Verteidigung« ist der begriffliche Hauptnenner für alles, was mit Sicherheit zu tun hat. Dass »Verteidigung« genannte Anstrengungen, so sie tatsächlich nur dies bezwecken sollten, beim »Anderen« als Bedrohung wahrgenommen werden können und zu entsprechenden Gegenmaßnahmen führen, scheint unbedacht zu bleiben. Hinter dieser politischen Praxis steht der Gedanke, dass »glaubhafte Abschreckung« Krieg vermeiden – oder durch Ausschaltung des als Feind Wahrgenommenen den Frieden sichern könne. Dieser Grundgedan-

ke orientiert sich an der Machtdefinition Max Webers (1980: 28), der feststellt: »Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht.«

Im Folgenden soll der lange, komplizierte, letztlich aber unter »realistischen« Voraussetzungen äußerst erfolgreiche Weg betrachtet werden, den (West-)Deutschland gegangen ist, um auf dem Umweg über die Westintegration wieder zu einer militärischen Macht zu werden. Es ist zugleich ein Weg der Restauration, der ganz in der Tradition des Realismus zurück führt zu den alten Konzepten von Macht und (auch militärischer) Dominanz. Den fortbestehenden Ängsten der einstigen Kriegsgegner und neuen Verbündeten, die im Zuge der Umwälzungen in der DDR 1989/90 nochmals massiv zu Tage traten, begegneten die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland durch formalen Verzicht auf militärische Eigenständigkeit. »Immer im Bündnis« wurde zur obersten Maxime deutscher Politik nach der Wiederbewaffnung.

Inzwischen aber, nach Ende des bipolaren Systems, dem Beitritt der DDR zur BRD, dem Aufstieg der EU zu einer globalen Handels- und Wirtschaftsmacht und ihrer Militarisierung, der Osterweiterung der NATO und dem kaum bestreitbaren Niedergang der langjährigen Führungsmacht USA eröffnen sich neue Perspektiven. Der Weg dahin war lang und immer gekennzeichnet durch noch vorhandene Ängste vor Deutschland, durch wachsende Rivalitäten auch innerhalb der viel beschworenen westlichen Staatengemeinschaft. Sie zu nutzen, war eine gelungene Leistung der auf Restauration zielenden deutschen Diplomatie. Unter der Maxime einer »neuen Verantwortung« kommen Machtansprüche zum Vorschein, die für Deutschland eine neue Führungsrolle fordern. Mit diesen will sich dieses Buch kritisch auseinandersetzen.

Das Trauma der Weltkriege scheint aber noch immer tief im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung verankert zu sein: Noch immer lehnen rund 70 % Auslandseinsätze der Bundeswehr ab. Die das Grundgesetz (Art. 87a) verbiegende Feststellung des Verteidigungs-

ministers Peter Struck (SPD, 2002 – 2005), Deutschland werde am Hindukusch verteidigt, löste einen Sturm der Entrüstung aus. Es ist diese Sensibilität der (noch vorhandenen) Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die erklärt, weshalb die (Re-)Militarisierung der Republik von den jeweiligen Regierungen der Öffentlichkeit gegenüber stets mit großer Vorsicht präsentiert wurde. Dies gilt gerade auch für die unmittelbare Gegenwart: Der sich schleichend vollziehende Aufstieg Deutschlands zu einer der führenden Militärmächte wird kaschiert unter dem Stichwort »Verantwortung«. Dieser moralisierende Begriff zielt auf Akzeptanz, wie sie auch in den Begriffen steckt, die in jüngster Zeit zur Legitimation von Kriegen geschaffen worden sind wie etwa die »humanitäre Intervention« oder die »Schutzverantwortung« (*Responsibility to Protect*, kurz: R2P).

Der folgende Text konzentriert sich für die Zeit von 1945 bis 1990 so gut wie ausschließlich auf die politischen Entwicklungen in Westdeutschland und auf das Agieren der Bundesrepublik Deutschland. So steht »Deutschland« auch in der Zeit bis 1990 stellvertretend für die BRD. Dies scheint gerechtfertigt durch die Tatsache, dass die sicherheitspolitischen Initiativen in der Zeit der allmählichen Herausbildung der Blockkonfrontation in erster Linie vom Westen ausgingen, die Sowjetunion auf diese Entwicklungen (Gründung der BRD, Versuch der Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft – EVG, Gründung der NATO und ihrer Erweiterung) stets reagierte (Gründung der DDR, Gründung der Warschauer Vertragsorganisation – WVO). Die Zeit nach dem Ende des bipolaren Systems eröffnete dann dem vereinigten Deutschland die Möglichkeit, sich endgültig von den Fesseln der Nachkriegsordnung zu befreien und einen Platz in dem sich herausbildenden multipolaren System zu erkämpfen. Dies ist gemeint, wenn von der »Rückkehr Deutschlands auf die Weltbühne« gesprochen wird.

*Werner Ruf,  
Edermünde, 12. Januar 2020*